Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 30 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 378. Freitag den 13. November 1891. 85. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Fichten-Deckreisig-Verkauf.

Dienstag, den 17. November d. J. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Burgauer Revier und zwar an der verschlossenen Brücke beim neuen Schützenhause

ca. 600 Bund Fichtendeckreisig

das Bund für 25 ₰ aus freier Hand verkauft werden.

Leipzig, am 11. November 1891.

Des Raths Forstdeputation.

Steckbrief.

Gegen den am 11. Februar 1859 in Luzern geborenen, in Leipzig wohnhaft gewesenen Privatgelehrten **Anton Julius Josef Schmid**, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen betrügerischen Bankrotts verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängniß abzuliefern.

Leipzig, den 10. November 1891.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgerichte.
Burkhardt, Landgerichtsrath.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 17. November cr., von Vormittags 10 Uhr an soll im Geschäftszimmer des Proviant-Amts Leipzig, Pleißenburg, Thurmhaus, 2. Stock, eine Partie **Roggenkleie, Kehrmehl, Heu- und Strohabfälle** ꝛc. öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 9. November 1891. **Königl. Proviant-Amt.**

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Versammlung Dienstag, den 17. hjs., Abends 6 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.
Sterbecassen-Sache.
Bericht über die Dresdner Mission.
Berathung über das Statut des Ehrengerichts.
Scholarstrage als Berathungsgegenstand bei der nächsten Plenarversammlung des Landes-Medicinalcollegiums. **Dr. Heurtel.**

Der Empfang der Delegationen der Parlamente von Oesterreich und Ungarn.

Der Grundton der Rede, mit welcher Kaiser Franz Josef die Delegirten der Parlamente von Oesterreich und Ungarn empfangen hat, ist der des Schmerzes über den Ernst der internationalen Lage. Keine Friedensversicherung der Cabinete konnte bisher die Gefahren der politischen Lage beseitigen und die allgemeinen militairischen Rüstungen zum Stillstand bringen. Der Ausruf des Kaisers: „Möchte es Mir beschieden sein, Meinen Völkern die frohe Botschaft verkünden zu können, daß die gegenwärtigen Sorgen und Lasten des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben", war der Ausdruck eines tiefempfundenen Wunsches, der leider vorläufig keine Aussicht hat, verwirklicht zu werden. Aber die Worte des Kaisers bilden eine ernste Mahnung an die Feinde des Friedens und führen ihnen die schwere Verantwortung zu Gemüthe, welche sie durch ihr Beginnen auf sich laden.

Wenn jemals die Verhältnisse die Nothwendigkeit dargethan haben, den Völkern nur die unerläßlichen Lasten aufzuerlegen, so sind es die gegenwärtigen. Von allen Seiten kommen die Hiobsposten über schlechte Ernten, Hungersnoth, Ueberschwemmungen und sonstiges Ungemach, das Gespenst einer furchtbaren Epidemie als die Folge des Elends in einem großen Theile Rußlands fängt bereits an, Gestalt anzunehmen, das Vertrauen auf die Dauer des Friedens und die ungestörte Entwickelung von Handel und Industrie ist erschüttert, und diese traurige Erscheinung macht sich in Coursrückgängen der Börsenpapiere in erschreckendem Maße geltend. Es lastet ein schwerer Druck auf den Völkern Europas, erzeugt durch die Besorgnisse, welche die Zukunft in ihrem Schooße birgt. Diese nun schon so lange währende Spannung muß ein Ende nehmen, wenn daraus nicht die schlimmsten Folgen erwachsen sollen, der Kampf, welcher seit einer Reihe von Jahren um die Erhaltung des Friedens geführt wird, muß zum Verderben des wirthschaftlich Schwächeren ausschlagen, wie es bereits Moltke einige Jahre vor seinem Tode vorausgesagt hat.

Jetzt kommen die redegewandten Wortführer der Parlamente nach Rom, um die Zweckmäßigkeit internationaler Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege öffentlich anzupreisen. Der Verlauf der interparlamentarischen Friedensconferenz hat gezeigt, wie wenig der Boden für derartige Bestrebungen bereitet ist, und schon hat wieder eine neue Versammlung zu gleichem Zweck ihre Sitzungen unter der Leitung Bonghi's, des Vertreters der Nothwendigkeit, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben, begonnen. Ein Delegirter sagte, als er den Schmerzensruf des Kaisers Franz Josef vernommen: „Solche Worte nützen dem Frieden mehr, als alle Protokolle der Friedenscongresse", und er hat damit nur ausgesprochen, was Millionen denken. Ein Friedenscongreß kann nicht durch eine Veränderung der Karte Europas eingeleitet werden, sondern nur durch Bestätigung und Befestigung des bestehenden Zustands. Eine Kundgebung von höchster Bedeutung würde es sein, wenn Frankreich und Rußland an den Dreibund und an England eine Erklärung des Inhalts richteten, daß sie den durch den Berliner und den Frankfurter Frieden geschaffenen Zustand in Europa als bleibend und maßgebend für die fernere Entwickelung betrachten. Das wäre eine wirklich dem Frieden förderliche Handlungsweise, alle sonstigen Versicherungen, daß man den Frieden aufrecht erhalten wolle, sind in Anbetracht der täglich sich steigernden Rüstungen völlig werthlos.

Kaiser Franz Josef hat sich nicht gescheut, zu erklären, daß die Forderungen für Heer und Marine nur dem dringendsten Bedürfniß genügen und daß wichtige Ansprüche an die Heeresleitung mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches vertagt werden mußten. Das würde der Sachlage nicht entsprechen, wenn die Versicherungen Rußlands und Frankreichs, daß sie den Frieden wünschen, aufrichtig wären. Diese Versicherungen können nicht ernst genommen werden angesichts der alles Maß überschreitenden Rüstungen beider Mächte. Die Staaten des Dreibundes verfügen nicht über die Mittel, um es den beiden Vertretern des europäischen Gleichgewichts in dieser Beziehung gleich zu thun, so große Truppenmassen können sie nicht unterhalten, wenn nicht alle anderen Staatsaufgaben darunter empfindlich leiden sollen. Kaiser Franz Josef fühlt es sehr wohl heraus, daß die Rüstungen Oesterreich-Ungarns hinter denen Frankreichs und Rußlands zurückstehen, daß Oesterreich-Ungarn seine Wehrkraft weit höher spannen könnte, wenn es die Finanzlage der Monarchie gestattete, aber auch der mächtigste Herrscher muß sich den Verhältnissen fügen. Wenn die Volksvertretung die erforderliche Erhöhung der Ausgaben für Militairzwecke ablehnt, dann hat er keine Mittel in Händen, um sie zu größerer Bereitwilligkeit zu zwingen.

Lord Salisbury hat die gegenwärtigen Bestrebungen der europäischen Regierungen, welche den Zweck haben, ihre Handelsverbindungen auf gesunde Grundlagen zu stellen, einen Handelskrieg genannt. Diese Bezeichnung ist in Rußland begierig aufgegriffen worden, um sie als friedensfeindlich anzuklagen, während sie doch nur das wirkliche Verhältniß der europäischen Mächte auf handelspolitischem Gebiete richtig wiedergiebt. Lieber wäre es den Russen freilich, wenn die Staaten des Dreibundes sich widerstandslos von Frankreich finanziell zu Grunde richten ließe. Kaiser Franz Josef war der erste europäische Herrscher, welcher auf die hervorragende Wichtigkeit der Erneuerung der Handelsverträge öffentlich aufmerksam machte, und diese Verträge sind es auch in der That, welche der internationalen Lage auf friedlichem Gebiete das Gepräge geben. Die Vertreter des Friedensgedankens in Europa sind sich wohl bewußt, wie viel davon abhängt, daß der Dreibund Gelegenheit findet, seine wirthschaftliche Kraft lohnend zu verwerthen, denn die militairischen Hilfsmittel finden ihre Grenze ebenfalls an der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wenn Frankreich seine Handelspolitik so einrichten könnte, daß es sich die Ausfuhr seiner Erzeugnisse frei hielte, gleichzeitig aber der fremden Einfuhr harte Bedingungen auferlegte, dann würden seine ohnehin großen Hilfsquellen eine Steigerung erfahren, welche auf die Wohlfahrt der Staaten des Dreibundes eine schwere Rückwirkung äußern müßte, wenn es aber gelingt, die wirthschaftlichen Kräfte der verbündeten Mächte in den gemeinsamen Dienst zu stellen, dann muß die neue Schutzzollpolitik Frankreichs zu dessen Schaden ausschlagen.

Kaiser Franz Josef hat wohl die auf die Sicherung eines dauernden Friedens bezüglichen Worte nicht ohne Beziehung auf die in der Schwebe befindlichen Handelsvertragsverhandlungen geäußert, es klang doch durch die schmerzliche Empfindung ein Ton der Hoffnung hindurch, welcher nicht ganz ohne Begründung war. Es ist in der That von höchster Wichtigkeit, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten des Dreibundes untereinander und mit einer Reihe anderer Staaten zum gedeihlichen Abschluß kommen. Das Verständniß für den Nutzen, welchen diese Verträge stiften müssen, ist überall in der Zunahme begriffen, und je größer der Kreis der Staaten wird, welche ihre Handelsinteressen gegenseitig in Einklang zu bringen suchen, desto sicherer ist der wirthschaftliche Erfolg der Verträge. Diese Form des Krieges kann man ohne Weiteres annehmen, zumal sie gerade den Zweck hat, den Krieg im eigentlichen Sinne zu vermeiden. Die Segnungen des Friedens kommen am besten im Wettstreit der Vertreter von Handel und Gewerbe in allen Staaten zur Geltung, diese Art des Krieges wird immer bestehen, und je lebhafter der Kampf ist, desto überraschender und großartiger werden die Früchte der menschlichen Arbeit und Erfindsamkeit zum allgemeinen Nutzen hervortreten. Die Losung des kommenden Jahrhunderts heißt Fortschritt und Entwickelung, nicht Zerstörung und Auflösung. *

Leipzig, 13. November.

* Der Gouverneur von Köln, General der Infanterie von Stopp, theilt der „National-Zeitung" mit, daß die Zeitungsangaben über die handrechtliche Erschießung eines Marinesoldaten in ihrem ganzen Umfange unwahr sind.

* Zur Ernennung des Abgeordneten v. Stablewski zum Erzbischof von Posen liegt noch eine Zuschrift vom vaticanischen Berichterstatter der „Pol. Corresp." vor, in der hervorgehoben wird, daß man im Vatican das Entgegenkommen der preußischen Regierung vollständig würdige. Die Verhältnisse zu Deutschland hätten sich dadurch, ebenso wie diejenigen zu Oesterreich-Ungarn durch die Neubesetzung des Stuhles eines Primas von Ungarn noch freundlicher gestaltet. Der Papst habe im Verlaufe der letzten Tage seiner Genugthuung über den Stand der Dinge zu wiederholten Malen Ausdruck gegeben. Diese Darlegung mag den Thatsachen entsprechen; wenn aber der Berichterstatter zugleich die Gelegenheit benutzt, um zu behaupten, daß eine ausgesprochene Hinneigung des heiligen Stuhles zu Frankreich und eine Stellungnahme gegen den Dreibund nicht bestanden habe, so braucht nur auf die bekannten Artikel des „Osservatore Romano" hingewiesen zu werden, die selbst von Seiten des deutschen Centrums lebhaften Widerspruch hervorriefen. Wenn man jetzt andere Saiten aufzuziehen für gut findet, so muß man erst noch abwarten, wie lange die freundlichere Stimmung vorhält. Denn Centrum und Vatican haben noch so viele Wünsche in der Tasche, daß auch die nachgiebigste Regierung nicht dauernd dazu wird „ja" sagen können, wenn sie nicht die Lebensbedingungen des Staates untergraben will.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weist bei Besprechung der Programmreden Salisbury's und di Rudini's mit Befriedigung darauf hin, was unter Leitung beider Staatsmänner für die innere Lage geschehen sei, und ist überzeugt, daß die auf neuer und fester Grundlage sich entwickelnden Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien ein neues Band sein werden, welches beide Nationen als Wächter des Friedens umschlingt. Es sei bedeutungsvoll, daß Salisbury und Rudini zur selben Zeit dem Vertrauen auf Erhaltung des Friedens Ausdruck gegeben haben. Das Blatt schließt daraus, daß England und Italien gleichmäßig entschlossen seien, ein gewichtiges Wort für die Erhaltung des Friedens, wenn derselbe bedroht sein sollte, in die Waagschale zu werfen. Den Aeußerungen Salisbury's betreffs Egyptens zollt das Blatt volle Anerkennung und spricht beiden Staatsmännern seine Glückwünsche zu den Reden aus, deren Tendenz und Inhalt bei allen Friedensfreunden ein Echo finden werde.

* Nach dem Frankfurter „Generalanzeiger" bestätigt sich die Nachricht, daß der Landtagsabgeordnete v. Hergenhahn sein Mandat niedergelegt hat.

* Das österreichische „Armeeblatt" enthält die folgende Mittheilung: „Galizien und die Bukowina sind bekanntlich schon seit Jahren für alle Gattungen russischer Späher Objecte wiederholter Auskundschaftungsversuche. Dieser Umstand hat die österreichische Regierung veranlaßt, entsprechende Maßregeln behufs strengerer Grenzüberwachung zu treffen. Wie man uns berichtet, sollen die betreffenden Ministerien im gegenseitigen Einvernehmen den Beschluß gefaßt haben, durch Verstärkung der Gendarmerie in den beiden erwähnten Ländern, sowie durch eine entsprechende Organisation der Finanzwache sowohl den Grenzverkehr gegen Rußland strenger als bisher zu überwachen, als auch im Innern der beiden Provinzen den Sicherheitsdienst mit besonderer Rigorosität zu handhaben. Zu diesem Zwecke wird die Gendarmerie daselbst um 500 Fuß-Gendarmen und 150 berittene Gendarmen verstärkt und die Finanzwache durch Zuweisung einiger im Sicherheitsdienste bewanderter Organe entsprechend unterwiesen. Die Ueberschreitung der galizischen und bukowinischen Grenzen soll nur auf bestimmte Puncte beschränkt werden; endlich wird auch die Zahl der Polizei-Commissariate in den galizischen Städten vermehrt."

* Die Wiener Blätter bringen in ihren Leitartikeln Betrachtungen über die Ansprache des Kaisers bei Empfang der Delegationen. Die „Neue Freie Presse" schreibt, die ernste, schwermüthige Sprache des Kaisers kennzeichne die Lage besser als die Friedensversicherungen Caprivi's, Rudini's und Salisbury's. Die Ereignisse in Kronstadt hätten die Lage verschlimmert. Sie hätten zwar keine unmittelbar drohende Kriegsgefahr herbeigeführt, aber Unsicherheit in die Situation gebracht. Auch das „Fremdenblatt" giebt zu, daß die Situation nicht die sicherste sei. Die „Presse" hofft, die Aufklärungen des Grafen Kalnoky in den Delegationen würden den jetzt herrschenden Pessimismus zerstören. Das „Neue Wiener Tagblatt" glaubt, die Nothwendigkeit der Erhöhung des Kriegsbudgets werde im heutigen Ministerrathe erörtert werden, wo auch die endgiltige Entscheidung über die Frage der Decentralisation der Staatsbahnen erfolgen soll.

* In der Conferenz des altczechischen Executivcomités erklärte Rieger, Graf Taaffe habe die Forderung, daß vor Annahme des böhmischen Ausgleichs Concessionen in Betreff der internen Amtssprache gemacht wurden, verweigert.

* Man schreibt aus Stockholm, 8. November: Die große Wahlcampagne in Norwegen ist zu Gunsten der radicalen Partei ausgefallen und man muß sich nunmehr auf Ereignisse von folgenschwerer Bedeutung für Norwegen und für die Union dieses Königreichs mit Schweden gefaßt machen. Die Berichte aus Norwegen lassen erkennen, daß man die Tragweite dieses Wahlausgangs überall im Lande begreift. Die Stimmung der unionstreuen Partei ist selbstverständlich sehr gedrückt, während die Gegner der Union triumphirend verkünden, daß sie entschlossen seien, ihren Sieg in vollem Umfange auszunützen. Noch kurz vor der Entscheidung schienen die Chancen der beiden politischen Parteien ungefähr gleich zu sein, allem Anschein nach hat der unerhörte Scandal mit dem fast als Heiligen dargestellten Pastor, Lars Oftedal, der ein Anhänger der Unionspartei war und sich gegen die radicale Partei heftig ausgesprochen hatte, der ersteren großen Schaden zugefügt. Der Jahrestag der Union der beiden Königreiche ist am 4. d. M. vom König in Stockholm durch ein Galadiner gefeiert worden, während dessen der Monarch der Vortheile gedachte, welche die Union der beiden Brudervölker mit sich geführt hat, und die Hoffnung aussprach, die Union werde zum Glück der beiden Reiche auch fernerhin aufrechterhalten werden. Die schwedische Presse hat den Gedenktag der Union zum Anlaß genommen, um ernste Ermahnungen an die Norweger zu richten, daß sie es vermeiden sollten, gegenwärtig, wo der politische Horizont in ganz Europa bewölkt ist, die separatistische Frage aufzuwerfen, denn daraus könnte den vereinigten Reichen nur Unheil erwachsen. — Was die Affaire Oftedal's betrifft, kommen immer grellere Einzelheiten an das Tageslicht. Es ist eine feststehende Thatsache, daß dieser strenge Prediger seit Jahren ein lasterhaftes Leben führte, ohne daß sich auch nur der geringste Verdacht gegen ihn geregt hätte.

* Nach einer Depesche des „Standard" aus Konstantinopel melden die türkischen Blätter, Major Steffen, welchem speciell die Inspection der Forts an den Dardanellen und am Bosporus übertragen worden ist, habe einen Bericht an das Kriegsministerium abgestattet, in welchem auf die Nothwendigkeit hingewiesen wird, die Befestigungswerke zu vervollkommnen. Steffen empfehle die Ausrüstung der Werke mit mehr Kanonen und sonstigem Kriegsmaterial. Die Regierung habe mit der Firma Krupp in Essen Unterhandlungen wegen Beschaffung dieses Materials angeknüpft.

* Die Quarantaine für die Provenienzen aus Arabien bis Kunfudah ist von 10 Tagen auf 5 Tage herabgesetzt worden. Von Kunfudah bis Bab el Mandeb bleibt die zehntägige Quarantaine bestehen.

* Nach einer Depesche aus Buenos-Ayres nahm der Aufstand in Brasilien seinen Anfang in der Nacht des 9. November in der Provinz Rio Grande do Sul. Der Aufstand griff so rasch um sich, daß zur Zeit der größte Theil der Provinz von dem Aufstand befallen ist. Fonseca hat auf Ansuchen des Gouverneurs von Rio Grande do Sul um Verstärkung Kanonenboote und Schiffe mit Truppen abgesandt, welche nach Pelotas dirigirt werden sollen. Der Zweck der Erhebung scheint die Bildung einer gegen die gegenwärtige Dictatur gerichteten, aus conservativen wie liberalen Elementen zusammengesetzten Nationalpartei zu sein. Ein Decret Fonseca's annullirt die sämmtlichen dem Congreß bei Errichtung der Republik gewährten Concessionen. — Nach in Petropolis eingegangenen Nachrichten aus Rio Grande do Sul hat dieser Staat seine Trennung von Brasilien proclamirt.

Obgleich der Einzelstaat Rio Grande do Sul nicht einmal den zwanzigsten Theil der Gesammtbevölkerung von Brasilien umfaßt, wohnen doch gerade hier die kräftigsten und in militairischer Hinsicht brauchbarsten Elemente. Dazu kommt die Nachbarschaft Argentiniens, welches einen ernstlichen Hilferuf aus dem von Alters her zwischen Spanien und Portugiesen streitigen Gebiete vielleicht nicht unerhört verhallen lassen würde. Die militairische Wichtigkeit der brasilianischen Südprovinz — oder des südlichen „Staates", wie man jetzt sagen muß — prägte sich schon unter dem Kaiserthum durch die Thatsache aus, daß dort meistens die volle Hälfte der kleinen brasilianischen Malettenarmee garnisonirte. Auch die Republik hat es bald nach Vertreibung des Kaisers für nöthig befunden, wegen des starken Anhangs, den der damals verbannte Ex-Gouverneur, Silveira Martins — einer der begabtesten und ebelsten Politiker Brasiliens — in Rio Grande do Sul hat, 4000 Mann frischer Truppen dorthin zu entsenden. Im März 1890 erhielten auch deutsche Ortschaften, wie S. Leopoldo und Hamburgerberg, die seit der Revolution von 1835 und seit dem Musterstreit kein brasilianisches Militair mehr gesehen hatten, sehr starke und wegen der vielen Ausschreitungen sehr lästige Garnisonen. In einer erfolgreichen Erhebung Rio Grande do Sul's, wobei die überlegene Kraft seiner Bevölkerung zur Geltung kommen könnte, bedürfte es nur allerdings einer größeren Einhelligkeit, als sie bei den letzten Wahlen zur Repräsentationsversammlung dieses Einzelstaates — am 5. Mai 1891 — zu Tage getreten ist. Ein bloßer Putsch der einen Partei, demgegenüber sich die Centralregierung in Rio de Janeiro auf die Hilfe der andern Partei stützen könnte, würde, wenn nicht in andern Theilen des Landes ähnliche Erhebungen stattfinden, unthunlichst unterdrückt werden.

* Anläßlich des Jahrestages der Hinrichtung der Anarchisten im Jahre 1887 fand in Chicago eine anarchistische Versammlung statt, in welcher die Erregung infolge einer aufreizenden Ansprache eines Redners einen so hohen Grad erreichte, daß der anwesende Polizeiinspector sich zum Einschreiten veranlaßt sah. Als derselbe sich der Rednertribüne näherte und forderte, daß das amerikanische Banner neben der rothen Fahne gehißt werde, entstand ein lebhafter Tumult, und mehrere Personen schickten sich an, gegen den Polizeiinspector thätlich vorzugehen. Der Polizeiinspector verharrte jedoch auf seiner Forderung. Die Versammlung wurde schließlich aufgehoben und die Menge zerstreute sich. Die Ordnung wurde wieder hergestellt.

Landtag.

Zweite Kammer.

† Dresden, 12. November. Zweite Präsidialversammlung. Beginn Vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstische waren anwesend die Herren Staatsminister Dr. v. Gerber, v. Metzsch, Schurig und v. Thümmel.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl des Präsidenten.

Nachdem durch Namensaufruf die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt worden war, wurde zur Wahl mittelst Stimmzettel geschritten. Von 79 anwesenden Abgeordneten wurden 78 Stimmzettel abgegeben. Hiervon entfielen 52 auf den Abgeordneten Ackermann-Dresden, 1 auf den Abgeordneten v. Oehlschlägel-Oberlungwitz, 1 auf den bisherigen Präsidenten Dr. Haberkorn-Zittau, während 24 Stimmzettel unbeschrieben waren. Der Letztgenannte war somit mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Abg. Ackermann nahm die auf ihn gefallene Wahl dankend an, unter Anerkennung der Verdienste des bisherigen Präsidenten, welcher seit dem Jahre 1869 mit einer geringen Unterbrechung die Geschäfte der Kammer geleitet hat, und gelobte er, in Ausübung des ihm übertragenen Ehrenamtes Gerechtigkeit und Unparteilichkeit nach allen Seiten hin walten zu lassen. Dabei betonte Redner, daß er bei voller Wahrung der Redefreiheit jedem Versuche auf Störung der Ordnung energisch entgegentreten und für die Ehre und das Recht der Kammer allezeit eintreten werde.

Präsident Dr. Haberkorn legte hierauf das Präsidium nieder, indem er tief bewegt der Kammer für das ihm stets entgegengebrachte Wohlwollen in herzlichen Worten dankte. Als derselbe den Präsidentensitz verließ, erhoben sich sämmtliche Anwesende von ihren Plätzen.

Präsident Ackermann übernahm nunmehr den Vorsitz und verschritt zur Vornahme der Wahl des ersten Vicepräsidenten.

Es wurden 78 Stimmzettel abgegeben, darunter 24 unbeschriebene. 53 Stimmen entfielen auf den Abg. Streit-Zwickau und 1 auf den Abg. Böntsch-Dresden. Der Letztgenannte war somit gewählt und nahm die Wahl dankend an.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten wurden abermals 78 Stimmzettel abgegeben, darunter 4 unbeschriebene. Es erhielten 70 Stimmen Abg. Georgi-Wurzen, 3 Stimmen Abg. Dr. Schill-Leipzig und 1 Stimme Abg. Müller-Geldig.

Abg. Georgi nahm die Wahl dankend an.

Es folgte die Wahl der beiden Secretaire und deren Stellvertreter.

Abg. von Oehlschlägel beantragte: die Wahl durch Zuruf vorzunehmen und die bisherigen bewährten Secretaire Abgg. Speck-Neustädtel und Ahnert-Zschorlau, als deren Stellvertreter die Abgg. Müller-Geldig und Härtwig-Oschatz wiederzuwählen. — Die Gewählten nahmen die auf sie gefallenen Wahlen an.

Zum Schluß erfolgten mehrere Mittheilungen über die morgen stattfindende feierliche Eröffnung des Landtages durch Se. Majestät den König.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 11 Uhr.

Jahresconferenz der Ephorie Leipzig II.

* Am 10. d. M. Vormittags 10 Uhr fand im Evangelischen Vereinshause die Jahresversammlung der Geistlichkeit von Leipzig-Land statt. Nach einleitendem Gesange und Gebete sprach zunächst der Vorsitzende, Herr Superintendent D. Mitchel, über 1. Thess. 2, 4: „Wie wir von Gott bewähret sind, daß uns das Evangelium vertrauet ist, zu predigen, also reden wir, nicht als wollten wir den Menschen gefallen, sondern Gotte, der unser Herz prüfet". Diese Ansprache war durch und durch praktisch, trug aber allenthalben den wohlgesichteten wissenschaftlichen Unter- und Hintergrund erkennen. Sie war tief und eindringlich und brachte auch manches treffende Wort aus alter wie neuer Zeit, aus weltlicher wie geistlicher Feder. Sie behandelte die Predigt des Gottesworts und bezeichnete die wichtigsten Erfordernisse, die zu stellen sind an Den, der da predigt, und an Das, was gepredigt wird. Mit Recht wurde betont, wie so ungemein viel ankomme auf die Person des Predigers, wie dieser allerthalben als ein Gotteskind sich erweisen und bei Gott in die Schule gehen und um dessen Wohlgefallen, aber ja nicht um den Beifall der Welt, bemüht sein müsse. Der Inhalt der Predigt sei und bleibe das Evangelium Gottes, das nie veralte und dessen man sich nie schämen dürfe. Der Martinitag veranlaßte es, hier besonders auf Dr. Luther hinzuweisen. Wenn man auch nicht alles Heil von der Form der Predigt in Disposition und Sprache erwarten und ein Knecht allerlei formeller Forderungen werden dürfe, so dürfe man ebensowenig die Form verachten und sich in Leichtfertigkeit oder Meisterschaftsdünkel über dieselbe hinwegsetzen.

Der ebenfalls vom Herrn Ephorus vorgetragene Jahresbericht ergab, daß 6 Vocante mit 13 Geistlichen an die Stadtephorie über-

SLUB
Wir führen Wissen.